

Sächsische Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen

Nr. 480.

für Anhalt und Thüringen.

Jahrgang 200.

Druckerei für Halle a. S. Breite 2,50 Mt. durch die Post bezogen 3 Mt. für das Vierteljahr. Die tägliche Zeitung erscheint wöchentlich außer an Feiertagen. Preis für den Abnehmer 1/2 Mt. (Postgebühren). 3/4 Mt. Unterhaltungsblatt (Sonntagsblatt). Sonderausgaben.

Geschäftsstelle in Halle a. S., Leipzigerstraße 87, Hinterhaus. Telefon 158. Redaktion Telefon 172. Eing. Nr. Braunschweig. Verantwortl. Dr. Walter Gedenken in Halle a. S.

Zweite Ausgabe

Sonnabend, 12. Oktober 1907.

Anzeigengebühren in S. festgesetzte Beträge oder deren Raum 1/2 Halle u. den Gerichten 20 Hgr. anstandslos bis 10. November am Abend des vorletzten Tages die Zeit 100 Hgr. Anzeigen-Anträge S. 1. Erscheinung in Halle a. S. u. bei allen bekannten Anzeigen-Vertriebsstellen.

Geschäftsstelle in Berlin, Delfauerstraße 14. Telefon-Nr. VI Nr. 11494. Druck und Verlag von Otto Ziehe in Halle a. S.

Deutsches Reich.

Halle a. S., den 12. Oktober.

Die Silbermünzprägung und der Reichstaler.

Die „Nordd. Allg. Ztg.“ schreibt: Gegenüber der in einem Teile der Presse verbreiteten Behauptung über die Erhöhung des für die Silbermünzprägung bestimmten Geschäftsbetrages um 5 Mark für den Kopf der Bevölkerung und über die Verwendung des aus den vermehrten Prägungen sich ergebenden Münzgewinnes wird darauf hingewiesen, daß die Erhöhung der jährlichen Stoffmenge (15 Mark) zwar erwogen wird, doch jedoch eine bestimmte Entscheidung nach dieser Richtung überhaupt noch nicht getroffen ist. Damit widerlegen sich die jeder Unterlage entbehrenden Angaben über eine beabsichtigte Verwendung jenes Münzgewinnes zur Deckung ordentlicher Ausgaben. Auch über die Schaffung eines neuen, handlicheren Fünftmarksstückes sind die Ermügendungen nicht abgeschlossen. Daß die Münze die Bezeichnung „Reichstaler“ erhalten soll, ist amtlich nicht bekannt.

Die Zulassung deutscher Staatspapiere an der Pariser Börse.

Die „Nordd. Allg. Ztg.“ schreibt: Gegenüber anderslautenden Meldungen französischer Blätter, erklärt der „Matin“, daß die Zulassung der deutschen Staatspapiere zur Notierung an der Pariser Börse von dem französischen Minister keineswegs in Erwägung gezogen wurde. Wir können dieser Mitteilung hinzuzufügen, daß von der deutschen Regierung auch keinerlei Anregung zu solchen Erwägungen ausgegangen ist. Die Erwiderungen, die sich mit diesem Gegenstand beschäftigen, sind ohne praktische Bedeutung, sie könnten höchstens die öffentliche Meinung bei unseren Nachbarn irreführen, insofern sie auf Ansichten über eine finanzielle Hilfsbedürftigkeit des Deutschen Reiches aufbaut sind, die in den tatsächlichen Verhältnissen keine Begründung finden. Wir glauben aber, daß die ersten politischen Kreise Frankreichs sich von solchen Irrtümern frei halten.

Zur Hamburger Universitätsfrage.

Am Dienstag abend hielt Professor Erich Radtke, der von der Wissenschaftlichen Stiftung nach Hamburg berufen worden ist, dort vor einem ausserordentlichen Publikum, darunter fast dem ganzen Senat, seine Antrittsrede. Nennenswert waren vor allem die einleitenden Worte, welche der Vorsitzende des Kuratoriums der Stiftung, Senator Dr. Heine, sprach, weil er nämlich darin auf die Ziele der Wissenschaftlichen Stiftung hinwies. Er betonte, daß die Stiftung vor allem das Vorlesungswesen weiter ausbauen und durch Veranstaltung von wissenschaftlichen Vortragsreisen, Ausgrabungen und Publikationen die Lösung allgemeiner oder spezieller wissenschaftlicher Aufgaben und Probleme erheben wolle. Als Beispiel führte er die noch ungelöste Frage der Schaffung einer Hamburger Universität an. Die Begründer der Stiftung hätten nur mit der Möglichkeit der späteren Errichtung einer Universität gerechnet. Sie hätten sich gesagt, daß die nur zu oft hier und auswärts erörterte Frage, ob es bei uns zu einer Universität kommen werde, eine Frage der Zukunft sei, die die Gegenwart noch nicht zu beantworten vermöge. Ist dem so, so kann man heute gewiß noch nicht sagen, wie nun eine etwaige spätere Hamburger Universität im einzelnen zu gestalten sein werde. Trotzdem sei auch hierüber bereits viel gesprochen und geschrieben. Vor allem verlange man immer wieder eine „moderne Universität“. Das sei aber ein etwas vages Schlagwort. Gemeint würde man, wenn es in Hamburg bereits zur Universität kommen sollte, nicht einfach und unbedenken alles von den älteren deutschen Universitäten übernehmen. Noch viel weniger aber würde man hier in Hamburg, auf dieser allen Seiten deutscher Kultur, ausläubische Universitätsrichtungen sein es nun englische, französische oder amerikanische, nachahmen. Eine Hamburgerische Universität müsse aus deutschem Geiste geboren sein, sie solle die Hamburger ja mit dem großen deutschen Geistesleben nur noch enger verbinden und nicht etwa von ihm trennen. Diese Ausführungen zeigten lebhaft, daß die Gegenwart noch nicht zu bestimmten Beschlüssen über die Errichtung, in welcher die eine weitgehende Nachahmung amerikanischer Universitäten empfiehlt.

Deutsch-Mexikana.

Die abschließenden Beratungen zwischen Staatssekretär Denburg und dem Gouverneur von Deutsch-Mexikana haben nach einer Meldung aus Morogoro vom 11. Oktober er. zu einer vollständigen Ueber-einstimmung hinsichtlich der in Mexikana einzuerrichtenden Konsulate geführt. Da der Staatssekretär auf Wunsch auf den Beginn der parlamentarischen Verhandlungen seinen Aufenthalt im Schlagsgebiet nicht, wie er wünschte, hat verlängern können, hat der Gouverneur vorgeschlagen, im Laufe des Monats November für einen Aufenthalt von etwa zwei Monaten nach Berlin zu fahren, um die gemeinsame Ausarbeitung der beschriebenen zu treffenden Verordnungen und gesetzgeberischen Maßnahmen in Gemeinschaft mit dem Reichskonsulanten zu übernehmen.

Ein bayerischer Bischof gegen das Zentrum.

Der Bischof von Regensburg, Reichsrat Dr. Senle, hat seine diesjährige Stimmungsrede wiederholt dazu benutzt,

um seinen Kerns vor den Zentrums-Maginationen zu warnen. In Reichsstadt im Bayerischen Stab hielt er an den verarmten Kerns eine Anrede, wobei er, wie der „Münchener Allg. Ztg.“ von einem Ohrenzugen berichtet wird, erklärte, er werde jeden Mißbrauch der Kanzel, der Schule und des Reichstages für politische Zwecke mit Strafbewehrung ahnden. In Deutschland, speziell in Bayern, sei die Regierung in so guten Händen, daß eine Gefahr für die katholische Kirche, überhaupt für die Religion, nicht bestehe. Eine Gefahr liege aber da vor, wo Kerler und Laien sich die Vormundschaft über Kirche und Staat anmaßen und Vorgesetzte provozierten, daß die christliche Schule in Gefahr sei, halte er, der Bischof, für ein Bantum oder eine unehrliche Verdrängung zu Wahl- und Parteienzwecken. Die Verdrängung würde überhaupt richtiger zum Ausdruck gekommen sein, wenn die Zentrumsmehrheit in weniger künstlich durchgedrückt worden wäre. Die geistlichen Abgeordneten sind dem Bischof eine bedenkliche Erscheinung. Er meint, es sei unrichtig, daß solche Herren in der Abgeordnetenkammer einen so hohen Stellenwert haben im Reichsrat stehenden Vorgesetzten Korrekturen ihrer politischen Ansichten und Juristen über ihr politisches Verhalten zu erteilen sich erlauben. Darin liege eine große Gefahr für die Kirche, wie denn auch die Spaltung in der Schulfraße zum großen Teile der Kerns auf dem Gewissen habe. So erfreulich und fröhlich hat noch kein Bischof das Zentrum kritisiert, und für die Zentrumsprelle wird es keine leichtere Aufgabe sein, dazu Stellung zu nehmen.

Erhaltung deutschen Grundbesitzes.

Aus Glogau wird der „Schles. Ztg.“ geschrieben: Die Gesetzgebung hat in der letzten Session mit familiären Besitztümern und dem Vermögenserwerb in einer Größe von 1193 Hektar mit einem Vermögenserwerb von 16 635 Mark in den Besitz der Regierung übergegangen. Die Uebernahme findet am 1. April 1905 statt. Der jetzige Besitzer von Sülkau, Franz Kowitz, der das Gut seit etwa zwei Jahren besitzt, bleibt auf diesem als Pächter bis zum 1. Juli 1925. Die Weisung ist von ihm im November 1905 von den v. Garstorp'schen Erben erworben worden. Er hat in den letzten zwei Jahren viele landliche Veränderungen vorgenommen, welche die Rentabilität und des Ansehens des Gutes lebhaft gehoben haben. Es ist erfreulich, daß durch den Anlauf der Gesetzgebung durch die Regierung ein so schöner und großer Besitz für immer dem deutschen Erhalten bleibt, umsonst, als sich viele Asten darum betreiben haben.

123 Bände zusammengeordnet.

In den vierzig Jahren seit Bestehen des norddeutschen Reichstages, also von 1867 bis 1907, sind im Reichstage 123 Bände stenographischer Berichte herausgegeben worden. Jeder Band enthält durchschnittlich die Verhandlungen von 70 Sitzungen, und jeder Sitzungsbericht ist wiederum durchschnittlich 45 Seiten lang, so daß jeder Band im Durchschnitt 135 Seiten oder 337 1/2 Bogen enthält, insgesamt hat also der Reichstag in vierzig Jahren 123 Bände mit 166 050 Seiten oder 41 512 1/2 Bogen. Das spricht Bände! Ein ganz Genuar hat noch folgendes von diesen Berichten festgestellt: Jede Seite enthält zwei Spalten, jede Spalte durchschnittlich 70 Zeilen, in 40 Jahren wurden also 333 100 Spalten und 2 324 700 Zeilen zusammengeordnet. Bedeutend man den Durchschnitt der Worte der Zeile auf 8, so wurden in 40 Jahren im deutschen Reichstage insgesamt 18 997 600 Worte, und also 18 1/2 Millionen Worte gesprochen. Die Zahl der getippten Buchstaben in jeder Zeile wird mit 45 im Durchschnitt angenommen, die in 40 Jahren zum Reichstage bezogene Zeilenzeit besteht also aus 104 611 500 Buchstaben. Und das alles ist so lange Zeit gratis und franco geworden!

Die Familie.

Der sozialdemokratische „Vorwärts“ wirft die Frage auf, wer eigentlich die Familie zerstöre, beitrete, daß sich die Sozialdemokratie dieser Zerstörung schuldig mache und stellt dabei auch die folgenden Betrachtungen an: „Das, was heute vielfach als Familie bezeichnet wird, ist nur ein Rest davon, was früher die Familie war. Die Familie des Mittelalters war eine soziale, wirtschaftliche und politische Einheit. Sie war die Basis der sozialen Ordnung und der politischen Organisation. Die Familie des Mittelalters war eine soziale, wirtschaftliche und politische Einheit. Sie war die Basis der sozialen Ordnung und der politischen Organisation. Die Familie des Mittelalters war eine soziale, wirtschaftliche und politische Einheit. Sie war die Basis der sozialen Ordnung und der politischen Organisation.“

und sittlichen Gehaltes entbehrt und nur einen ununterbrochenen Sinnempruch darstellt. Im Mittelalter aber herrschte, ebenso wie oben, die Gedehtheit vor. Auch wirft hier die wirtschaftliche Misere ihre Schatten auf das Familienleben, und der bezugsteifte Kampf um die bezugsteifte Erziehung und gegen die übermächtige großkapitalistische Konkurrenz läßt ein inniges, besseres häusliches Glück selten aufkommen. Nebenbei überzieht die Wohlheit der verarmten Moralanschauungen, der völlige Mangel an großen, hehren Ideen und die gegenwärtig feindselige Haltung gegenüber den modernen, zeitgenössischen Fragen das heimliche glückliche Familienleben wie mit einer unüberwindlichen Staubwolke. In der Arbeiterzeit aber zeigen sich die folgenreicheren Erscheinungen der kapitalistischen Ausbeutung im größten Maße. Die durch die Kapitalisten verursachten Schäden zeigen die furchtbare Einseitigkeit, die dem Familienleben entgegen sein konnte, den Lebenslohn verriet. Man wird sich diesen Darlegungen nur in wenigen Punkten anschließen dürfen. Unzutreffend ist insbesondere die Behauptung, die wahre Familie sei mit der Laternen zu suchen. Mag es auch richtig sein, daß z. B. die neue Geldaristokratie vielfach für lauter Genießen gar nicht zu einem ruhigen Familienleben kommen kann, und mag auch in der Arbeiterzeit vielfach die Segnungen des Familienlebens mitunter nicht in vollem Umfang geteilt werden läßt. Deswegen bleibt die Tatsache doch bestehen, daß in den breiten Schichten des Mittelalters, bei dem die Gedehtheit wahrhaftig nicht die Ursache war, dieses glücklichen Familienlebens doch wie vor ungehindert entfaltete, und dieses Glückes freut sich der Mittelstand umso mehr, je lebhafter der Kampf um seinen Fortbestand entbrannt.

Wir aber kommt schließlich die Sozialdemokratie dazu, sich als Stütze der Familie aufzufassen? Mühen die Tränen, mit denen der „Vorwärts“ das Mittelalter im Fundament des alten erdwürdigen Hausbaldes angedeutet beobachtet, nicht auf alle Verhältnisse erweiterbar? Wirft die Tränen, ein trauriges Familienleben nachteilig beeinflussenden Wohnungsverhältnisse der Großstädte und Industriebezirke sind doch zu einem guten Teile die Folge einer Politik, die von den Sozialdemokraten selbst unterstützt, von den rechtsstehenden Parteien aber stets nachdrücklich bekämpft worden ist. Bei den Capriolen Gabelsberg'schen, die so viel Unheil über unser Vaterland gebracht haben und von denen auch ein weiteres ungeheures Anwachsen der Großstädte von vornherein zu befürchten war, mußten die Sozialdemokraten als die feinsten Stützen der Regierung gelten, und so jenseit von gesetzgeberischen Maßnahmen werden konnte hat die Sozialdemokratie stets zu den Freunden der betreffenden Vorlage gehört. Wir entfernen uns immer weiter von der ursprünglichen gleichmäßigen Verteilung der Bevölkerung über das ganze Land, der Ueberbevölkerung der sogenannten Kulturzentren steht die Entvölkerung des platten Landes gegenüber, und wie wenig das Familienglied in den Großstädten zu Hause ist, wie willig ihm dagegen das Land und die kleineren Städte Gastrecht gewähren, hat ja die jüngste Gabelsberg'statistik wieder mit hinlänglicher Deutlichkeit aufgezeigt. Den Sozialdemokraten steht aber die Rolle eines Zerstörers des Familienlebens auch deshalb so schlecht, weil ihnen ein gutes Familienleben als Quelle der Zufriedenheit von Grund aus verhasst sein muß und in der Tat ist. Nicht die Familie möchte die Sozialdemokratie weiter als Grundbesitz des Staates sehen, sondern das Wirtschafts- und die Agrarvereinsammlungen, in denen der Samen der Zerstörung mit hollen Händen ausgesät werden kann. Freilich träumt der „Vorwärts“ von einem idealen Familienleben, das erziehen werde, wenn erst der Sozialismus einer sozialen Ordnung gewichen sei. Aber die Bilder, die bisher vom Familienleben des sozialdemokratischen Zukunftsstaates gemalt wurden, sind doch so wenig anziehend, daß man auch von dieser Erwägung aus sprechen muß: ein glückliches Familienleben wird in den gebildeten Bevölkerungsschichten des bürgerlichen Gegenwartsstaates sein oder es wird überhaupt nicht sein.

„Stefanproletarier“.

Rebel hatte auf dem letzten sozialdemokratischen Parteitag die Handlungsgehilfen Stefanproletarier genannt. Es ist natürlich, daß diese Bezeichnung nicht als ehren, sondern als beleidigend angesehen werden mußte. Demgemäß hat auch der kürzlich zu Regensburg stattgehabte bayerische Handlungsgehilfenrat entschieden gegen den Beleidigen Auspruch protestiert. Die sozialdemokratische Presse stellt sich jedoch betäubend als viele Arbeiter, also sollten sie gegen die Bezeichnung als Proletarier, zu denen sie doch tatsächlich gehören, nicht empfindlich sein. Es ist aber wieder eine jener willkürlichen Behauptungen der Sozialdemokratie, daß die Arbeiterzeit das Proletariat darstelle und daß alle anderen Bevölkerungsschichten, die materiell nicht besser daran seien als die Arbeiter, zum Proletariat gerechnet werden müßten. Leider hat es die Sozialdemokratie verstanden, in den Arbeiter, auch in den „gelernten“ und „qualifizierten“ Arbeitern, das ihnen

